

Grazer Bürgermeisterin fordert nach Amoklauf drastisches Waffenverbot

Nach dem Amoklauf in Graz fordert Bürgermeisterin Elke Kahr ein radikales Waffenverbot und diskutiert notwendige Konsequenzen.



Graz, Österreich - Nach dem tragischen Amoklauf in Graz, bei dem am 11. Juni 2025 elf Menschen ihr Leben verloren, fordert die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr (KPÖ) radikale Maßnahmen zur Verbesserung der Waffensicherheit. Der Täter, ein 21-jähriger Mann namens Artur A., hatte zwei legal erworbene Schusswaffen bei seinem Angriff verwendet. Kahr spricht sich für ein umfassendes Verbot von Schusswaffen im Privatbesitz aus und fordert, dass lediglich die Exekutive das Recht zum Waffentragen haben sollte. In ihrer Ansprache kritisierte sie zudem die großzügige Vergabe von Waffenscheinen in Österreich, wo bereits bestimmte Gewehre von jedem 18-jährigen gekauft werden können, was im Vergleich zu anderen Ländern wie Deutschland als weniger streng gilt. Das

Waffengesetz in Österreich sieht vor, dass für den Erwerb einer Faustfeuerwaffe eine Waffenbesitzkarte erforderlich ist, die dem Bewerber nach einer psychologischen Prüfung erteilt wird, welche seit 1997 gilt.

Ein Lichtermeer am Hauptplatz in Graz zeigte den Opfern des Amoklaufs die letzte Ehrerbietung. In einer Sondersitzung der Stadtregierung wurden mögliche Versäumnisse und nächste Schritte diskutiert. Kahr betont, dass das politische Klima in dieser kritischen Situation keine Rolle spielen sollte, und es von höchster Wichtigkeit ist, dass die Bedürfnisse der betroffenen Bürger, insbesondere der Kinder, in den Vordergrund rücken. Für die kommenden Tage plant sie, besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, um mit den Kindern über die traumatischen Erlebnisse zu sprechen.

Waffengesetze im Blickpunkt

Die Diskussion um die Waffengesetze in Österreich wurde durch den Amoklauf neu entfacht. Kahr äußerte sich betroffen und wies darauf hin, dass die Waffenscheine im Land „zu schnell vergeben“ würden. Im Rahmen der waffenrechtlichen Verlässlichkeitsprüfung, die jeder Bewerber um eine Waffenbesitzkarte durchlaufen muss, werden verschiedene psychologische Aspekte wie emotionale Stabilität und Aggressionstendenzen überprüft. Der Prozess umfasst ein Screeningverfahren sowie ein Fachgespräch, in dem mögliche Auffälligkeiten hinterfragt werden.

Das Testergebnis wird den Bewerbern nach der Durchführung der Tests mitgeteilt und das Gutachten per Post versendet. Die Kosten der Prüfung belaufen sich auf 283,20 Euro. Kahr fordert, dass intensiver über die Sicherheitslage an Schulen nachgedacht wird, nachdem der Amoklauf an einer Bildungseinrichtung stattfand. In diesem Kontext kündigte sie auch eine gemeinsame Aktion der Jugendorganisationen und des Grazer Jugendbeirats für den kommenden Mittwoch an, um präventive Maßnahmen zu planen und das Bewusstsein für

Waffensicherheit zu schärfen.

| Details | |
|----------------|--|
| Vorfall | Amoklauf |
| Ort | Graz, Österreich |
| Quellen | <ul style="list-style-type: none">• www.kosmo.at• www.t-online.de• www.pscho-test.at |

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at